
FORUM: Gewerkschaften

Horst Föhr:

Ausweg aus der ostdeutschen Vertrauenskrise - Politik und Gewerkschaften vor neuen Aufgaben

Dr. Horst Föhr, geb. 1944 in Cochem/Mosel, ist Mitglied des Vorstands der Treuhandanstalt in Berlin.

Die vergangenen Monate zeigen, daß sich (zumindest) Teile der ostdeutschen Arbeitnehmerschaft und Bevölkerung nicht ausreichend in ihren Befindlichkeiten von westdeutschen Politikern und primär westdeutsch geprägten Gewerkschaften vertreten fühlen. Nach der Euphorie der Einheit verstärkt sich nun der Eindruck, daß mit der Entfernung zur ehemaligen Grenze das „Mitfühlen“ der „Wessis“ nachläßt und sich im Osten das „Wir-und-Ihr-Gefühl“ verstärkt.

Seit Herbst 1989 ist die Anzahl der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern (ohne ABM und Kurzarbeit) von 9,5 Millionen auf 5,4 Millionen Erwerbstätige zurückgegangen. Allein in den Treuhandunternehmen verrin-

gerte sich die Beschäftigtenzahl von 4 Millionen 1989 auf 1 Million Ende Juni 1992. Dabei wurden rund 1,1 Millionen Arbeitsplätze durch Privatisierungen gesichert. Der Beschäftigungsabbau in den Treuhandunternehmen fand zu etwa je 1 Million Arbeitnehmern durch Ausscheiden aus dem Arbeitsleben (Vorruhestand, Altersübergangsgeld, Pendler und Übersiedler) sowie offene Erwerbslosigkeit von 1,3 Millionen statt. Die reale Arbeitslosigkeit ohne ABM, Fortbildung und Umschulung beträgt rund 40 bis 50 Prozent, in manchen Gegenden mehr als 60 Prozent.

Es sieht nicht so aus, daß sich diese Situation im zweiten Halbjahr 1992 positiv verändert, da ein weiterer Personalabbau im Maschinenbau und Braunkohlenbergbau sowie in der Chemie zu erwarten ist, und die vollen Auswirkungen des GUS-Exportwegfalls in den Personalplanungen der Unternehmen noch nicht ihren Niederschlag gefunden haben.

Auch wenn der Treuhandanstalt teilweise der Vorwurf zu geringer Sanierungsanstrengungen gemacht wird, ist nicht zu verkennen, daß 1991 etwa 11 Milliarden an Sanierungsaufwendungen erfolgten und 1992 ähnliche Größenordnungen zu erwarten sind. Hinzu kommen etwa 140 Milliarden DM an privaten Investitionen, die im Ergebnis des Privatisierungsprozesses in den neuen Bundesländern zugesagt wurden, allerdings teilweise erst mittelfristig wirken.

All dies reicht nicht, da

- die Ostmärkte weitgehend weggebrochen sind und sich auch nach realer Einschätzung in nächster Zeit nicht im notwendigen Umfang beleben werden und die Westmärkte weitgehend besetzt sind,
- Managementdefizite nicht ausreichend schnell und umfassend ausgeglichen werden können,
- die Treuhandanstalt seit 1990 zwar mehr als 2 000 Führungskräfte aus den alten Bundesländern in Treuhandunternehmen eingesetzt hat, diese aber bei weitem die Lücken nicht füllen,
- Trainee-Angebote für ostdeutsche Führungskräfte in westdeutschen Unternehmen nur begrenzt erfolgten,
- ostdeutsche Führungskräfte und Arbeitnehmer zwar große Weiterbildungsbereitschaft zeigen, die angebotenen Seminare jedoch oft nicht ausreichend auf die unternehmensspezifischen Defizite ausgerichtet sind.

Für jedermann ist heute offensichtlich, daß der Prozeß der Vereinigung viel langsamer geht, als 1990 von der Bundesregierung versprochen wurde. In diesem Zusammenhang wird immer deutlicher, daß ohne eine Opferbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung ein Angleichungsprozeß nicht stattfinden kann. Dies ist um so wichtiger, weil die Konjunktur der westdeutschen Wirtschaft und damit auch das Beschäftigungsniveau in den alten Bundesländern dringend auf den wirtschaftlichen Nachholbedarf im Osten unseres Landes angewiesen ist.

Für diejenigen, die in Ostdeutschland Verantwortung übernommen haben, stellen sich dabei folgende Fragen: War es richtig, zum Beispiel in der Metallindustrie eine tarifliche Lohnangleichung bis 1994 zu vereinbaren, obwohl die Arbeitsproduktivität bereits 1991/92 unter den Lohnkosten liegt und sollte nicht jetzt eine Korrektur vorgenommen werden? Sind Investivlohn-Modelle in dieser Situation nicht eine bedenkenswerte Alternative? Wie fördern die Gewerkschaften Mitarbeiterkapitalbeteiligungen in den neuen Bundesländern vor dem Hintergrund des Auseinanderfallens von Lohnentwicklung und Arbeitsproduktivitätswachstum?

Bei der Ankündigung von Karenztagen als Kompensation für die Pflegeversicherung gehen Hunderttausende auf die Straße. Wo bleibt der Protest der westdeutschen Arbeitnehmer für den hunderttausendfachen Arbeitsplatzabbau im Osten? Gegen die Zusammenlegung von Krupp und Hoesch wird demonstriert, trotz sicherlich sozial gerechter Ausscheidungsregelungen, während die Abfindung von 5 000 DM für Hunderttausende von ostdeutschen Arbeitern nach einem Arbeitsleben von 20 bis 30 Jahren schlicht zur Kenntnis genommen wird. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird um 100 Prozent Tariflohn gekämpft, obwohl dieses teilweise dazu führt, daß ABM-Beschäftigte mehr verdienen als ihre Kollegen im Betrieb nebenan. Die Initiative des Bundesarbeitsministeriums zur Finanzierung von Arbeit anstatt der Zahlung von Arbeitslosengeld bildet hier eine vernünftige Alternative. Hunderttausende könnten hier eine sinnvolle berufliche Perspektive erhalten, wenn nicht gleichzeitig die ABM-Stellen im gleichen Umfang abgebaut würden. Wo bleibt in diesem Zusammenhang die massive gemeinsame Aktion von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Sanierung von Industrieflächen, sei es zur Neuansiedlung von Unternehmen oder zur Herstellung einer lebenswerten Umwelt sowie zur Verbesserung der Infrastruktur und Wohnungsmodernisierung? Was wird getan, um die bisher primär in den Konsum fließenden Transfers durch die Organisierung von sinnvoller Arbeit in dringend erforderliche Investitionen umzulenken?

Die westdeutschen Tarifparteien stellen nicht gemeinsam die Überlegung an, Einkommenszuwächse nur auf die Reallohnsicherung zu begrenzen und die dadurch eingesparten Lohnsummen in den Osten fließen zu lassen. Zumindest hat man öffentlich nichts von entsprechenden gemeinsamen Überlegungen gehört. Ebenfalls war öffentlich nichts zu hören von einer solidarischen Aktion westdeutscher Betriebe, möglichst den ostdeutschen Anbietern eine Chance zu geben. Statt dessen werden Vorurteile gezüchtet, daß Ostdeutsche nicht arbeiten wollten und auch generell nicht ausreichend qualifiziert seien.

Was den ostdeutschen Arbeitnehmern in den letzten zwei Jahren zugemutet wurde (und zugemutet werden mußte angesichts der jahrelangen Mißwirtschaft) ist der westdeutschen Arbeitnehmerschaft nie abverlangt worden. Dies gilt sowohl für die Anpassungsprozesse im Bergbau wie auch in der Stahl- und Textilindustrie. Wo haben westdeutsche Politiker und Gewerkschaften dies gewürdigt? Allein dieses öffentlich anzuerkennen, würde vielen Ostdeut-

schen gut tun. Wo wurde daneben die Bereitschaft eines Opfers gezeigt für eine wirklich auch innerlich vereinte Nation?

Zu Recht wurde gegen die Einführung von Karenztagen protestiert. Wäre es nicht möglich gewesen oder könnte es nicht noch möglich sein, eine große Gemeinschaftsaktion zur Hingabe eines Feiertages für die Pflegeversicherung und eines Urlaubstages für die Menschen im Osten, in Angriff zu nehmen, wenn gesichert würde, daß dieses Geld ihnen auch zukommt? Muß es wirklich immer mehr sein? Ist uns nicht bewußt, daß große Teile der westdeutschen Industrie und damit auch der dort Beschäftigten (siehe den Erwerbstätigenzuwachs zwischen 1990 und 1992) von der Einheit profitieren, von den Dienstleistungsunternehmen und Konsumgüterherstellern, die im Osten verkaufen, ganz zu schweigen. Der DGB und die SPD fordern zu Recht die Beibehaltung des Solidaritätszuschlages. Aber könnte nicht die Politik zugeben, daß sie sich bei den Kosten der Einheit geirrt hat und eine Mineralölsteuererhöhung nicht nur für die (notwendige) Sanierung der deutschen Eisenbahn, sondern auch für die Finanzierung von Arbeit für die Menschen im Osten vorschlagen, bis dort die Marktkräfte greifen?

Die Bereitschaft eigene Fehleinschätzungen zuzugeben - und dies nicht nur scheinbar - sowie auch der eigenen Klientel Opfer zuzumuten, würde die Glaubwürdigkeit von Politik und Gewerkschaften fördern. Glaubwürdigkeit verlangt dabei die gerechte Verteilung der eventuellen Opfer, insbesondere also auch die Einbeziehung von Beamten und Selbständigen in die Finanzierung der deutschen Einheit. Eine Gemeinschaftsaktion von Politik (Bund und Ländern), Arbeitgeberverbänden, Industrie sowie Gewerkschaften für den Osten unseres Landes würde den Menschen im Osten das Soziale der Marktwirtschaft vor Augen führen und würde West- und Ostdeutschen nicht nur moralisch, sondern mittelfristig auch volkswirtschaftlich von Nutzen sein.